

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jaeger.

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich 52mal. — Preis: Bei der Post gebolt
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten
2.82 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile oder deren Raum 25 Pfg. Mehr-
zeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 240

Bielefeld-Bethel, Dienstag, den 14. Oktober 1919

Jahrgang 1.

Die Liebe ist der höchste Gipfel der Sittlichkeit; aber
sie bleibt nur da wahrhaftig, wo sie auf der Grundlage einer
gesunden Selbstachtung und eines klaren Gerechtigkeits-
gefühls ruht.
Joh. Wendland. Soziale Ethik.

Sozialisierung.

Von Geheimrat Hugenberg.
(Schluß.)

Ich meine, daß sich heute gerade in Deutschland — nicht
im Wege gesetzlichen Zwanges, sondern aus den Gesichts-
punkten freiwilliger Arbeitsgemeinschaft heraus — die
Formen müßten finden lassen, um die Verwirklichung dieses
Grundgedankens zu versuchen. Die zukünftige Rente des
industriellen Besitzes ist heute bei uns zweifelhafter und
zugleich die Arbeitsgelegenheit gefährdeter denn je. Der
gute Wille der Wertgemeinschaft ist also sowohl für die
Sicherung der Rente wie für die Aufrechterhaltung der Be-
schäftigungsmöglichkeit und damit des Unterhaltes jedes
einzelnen wichtiger als zuvor. Durch ein theoretisches, in
der Luft hängendes „Mitbestimmungsrecht“, das dem
Unternehmer eines seiner wichtigsten Lebenselemente
nimmt, wird dieser gute Wille sich nie herstellen lassen,
wohl aber vielleicht durch eine Geschäftsbeteiligung. Ein
„Abbau“ der Röhne und Gehälter wird allerseits als un-
vermeidlich angesehen. Wenn als „Gewinn“ Beteiligungen
gegeben werden, können und demnach auch eine Art Zwang
in sich schließen, läßt sich vielleicht eine Verständigung über
einen Abbau in der Form der Umwandlung eines Teiles
des Lohnes in Gewinnbeteiligung leichter erzielen, als
irgendwo und irgendwann sonst. Die Hebung der Produk-
tivität des Betriebes, über die im Zusammenhang mit dem
Rückgang und den Wollendorfschen Plänen so viel Unfug
geredet wird, erhielte dann unter Umständen auf beiden
Seiten eine wirkliche Grundlage und gewünnte Gestalt —
als rettender Ausweg für beide Teile und für die Gesamt-
heit des Volkes. Unter strikter Ablehnung des Wahnes vom
Eindringen des Reiches in den Besitz von
Produktionsmitteln mit Hilfe der Ver-
mögensabgabe“ müßte dann auch die Steuerge-
gebung unter dem Gesichtspunkt dieses Gedankens be-
handelt werden. Was ich vor Jahren in einem Vortrage
über „Geld- und Kreditwirtschaft des Mittelstandes“ aus-
geführt habe, muß ich heute voll aufrechterhalten: Es gibt
keine größere Erhöhung der Produktivität der Volkswirt-
schaft als wenn man das Selbstinteresse von Millionen in
Bewegung setzt. Das Volk, dem das in der gegenwärtigen
Weltkrise der Industrie gelingt, vollbringt eine große Tat,
wie wir sie für das deutsche Volk gebrauchen, um die
Kosten des Kriegsverlustes und der Revolution wieder ab-
zuwaschen. Es kann uns aber nach Lage der heutigen Ver-
hältnisse nur gelingen, wenn die grundlegenden Gedanken
nicht Unternehmerrgedanken oder Arbeitergedanken,
sondern vom Interesse beider getragen, also Ausfluß einer
politischen und Arbeits-Gemeinschaft sind.

Ich sehe keinen anderen Weg, um in Deutschlands augen-
blicklicher Not diesen in millionenfacher Vielfältigkeit
wirkenden Hebel rettend in Tätigkeit zu setzen, als mit
einer solchen Art Sozialpolitik von Stein-Harden-
bergischem Individualgeist. Sie wird ohnehin Hand in
Hand gehen mit einer anderen Art der Wiederbelebung
der individualistischen Triebe im Volke: die Not des Groß-
betriebes, die Erhöhung der Ansprüche der darin Be-
schäftigten und die Herabdrückung seiner Leistungsfähigkeit,
die trotz allem in der ganzen Welt als Ergebnis des Krieges
zurückbleiben wird, erhöht überall die Auslichten des selbst-
arbeitenden Kleinbetriebes, der nicht an Tarife gebunden
ist. Man braucht sich nur in den Dörfern jetzt die Tischler-
werkstätten anzusehen. Käme man zur Verstaatlichung der
Elektrizitätsleitung, so sollte vorher die Sicherheit ge-
schaffen werden, daß sie in dieser Richtung als förderndes
Mittel mit eingespannt wird und nicht nach sozialistischem
Rezept in der entgegengesetzten. Der gesteigerte Drang nach
Ansiedlung auf dem Lande und nach dem eigenen Wohn-
hause wirkt in gleicher Richtung und sollte jede Förderung
erfahren — kurz, die angeblichen Gesetze des Sozialismus
müssen möglichst durch eine organische Entwicklung — statt

durch das Elend seiner logischen Auswirkung, des Bolsche-
wismus — ad absurdum geführt und damit sein unheil-
voller Einfluß überwunden werden, wozu weitestge-
hende Sozialdemokratie im Lande mehr und mehr reif werden.
Dazu wird allerdings daneben die beiderseitige folge-
richtige Fortführung der Politik notwendig sein, die wir
mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft eingeschlagen
haben — einer Politik der Verständigung für sachliche und
allgemeine wirtschaftliche Fragen in paritätischer Verhand-
lung mit der Krönung durch ein Wirtschaftsparlament —
eine Art erster oder zweiter Kammer, unter der sich ein
allmählicher Übergang zahlreicher Verwaltungs- und
Polizeiaufgaben, die bisher von Staatsbehörden versehen
sind, auf sachliche Selbstverwaltungsorgane vollziehen muß
— insoweit also in der Tat eine Art von Auflösung des
alten „Obrigkeitsstaates“ mit wesentlicher Einschränkung
des verwaltenden Staatsbeamtenums. Es ist ja wunder-
bar: die vielen äußeren statt inneren Gebundenheiten der
bisherigen Wirtschaftsordnung waren es doch, die so vielen
das Leben darin nicht als wertvoll erscheinen ließen. Und
nun sollten wir nach sozialistischen Rezepten diese äußeren
Gebundenheiten ins Unendliche vermehren wollen?

Wenn Sie einem Vorgehen auf etwa der angegebenen
Grundlage den Namen „Sozialisierung der dazu reifen
Betriebe“ oder ähnlich geben wollen, so bin ich damit ein-
verstanden. Erfährt dieser Ausdruck dagegen eine andere,
d. h. eine sozialistische Auslegung, so würde die wirtschaft-
liche Scheidewand zwischen uns und der Sozialdemokratie
fallen, nichts gewonnen und im Augenblick nur vieles zer-
stört werden, was uns für den Wiederaufbau noch von
großem Nutzen sein kann.

Alles aber, was zwischen einem Programm auf der-
artigen Grundlage — ich fürchte, die Engländer, nicht wir,
werden es verwirklichen — und dem blutigen Bolschewis-
mus liegt, ist Zeit- und Kraftvergeudung. Es
kann jedem, der es nicht getan hat, nur dringend empfohlen
werden, die Denkschrift des Reichswirtschaftsministers über
„gebundene Planwirtschaft“ zu lesen. Darin kommt zu-
nächst deutlich die Sorge des Ministers vor einem Zu-
sammenbruch des Sozialismus in der Form schärfster und
zum Teil sehr zutreffender Kritik an dem gegenwärtigen
Regierungssystem zum Ausdruck. Weiter steht man klar
die Verlegenheit, die sich daraus für die regierenden
Häupter der Sozialdemokratie ergibt, daß sie auf Grund
herer Dogmen tatsächlich kein praktisches Regierungs-
programm, kein anerkanntes und mögliches Programm der
„Sozialisierung“ besitzen. Endlich sehen wir den Geist
Wollendorfs und des Sozialisten Wiffell sich in dem Ver-
suche vermählen, ein solches Programm in letzter Stunde
zu schaffen. Und für dieses Programm gilt das Gesagte:
es ist Zeit- und Kraftvergeudung, es ist ein krauses Gewirr
flügender Gedanken ohne jede organisatorische Unterlage
in den gewordenen Verhältnissen und in der menschlichen
Natur, eine neue Improvisation nach Art der Kriegswirt-
schaft und im gleichen Sinne ruinös für unsere Volkswirt-
schaft — eine Fortführung des bekannten „Konzentrations-
prozesses der Großindustrie“ auf der einen Seite; und auf
der anderen die Einschlebung von Hemmungs- und Un-
sicherheitsmomenten in die Volkswirtschaft, die jede Vor-
ausberechnung und damit die Grundlage des Erfolges un-
möglich machen, — die es dahin bringen werden, daß in
einer Zeit der anständigen und gewissenhaften Unternehmung-
sagt: „Damit ist nicht zu arbeiten, für mich ist im Deutsch-
land kein Feld mehr“, und daß politische Schiebernaturen
an seine Stelle treten, die Volkswirtschaft so treiben, wie
Wiffell, Wollendorff und der Sozialismus es befehlen und
damit die Verwirklichung der Entindustrialisierung Deutsch-
lands sein werden, von der ich vorhin sprach und wie sie
England uns wünscht — zugleich die Vorfrucht bolsche-
wistischer Zerstörung, von der wir nicht etwa ein paar
Monate bedroht sein werden, sondern solange, bis wir
entweder wieder ein Agrarstaat sein, oder uns zu neuem
Aufstieg werden durchgerungen haben.

Aus eigener Kraft.

Von Dr. Otto Dikel, Aushurg.

Schwächlinge suchen Schutz und Hilfe bei anderen. Der
Starke hilft sich selbst. Deutschland ist schwach geworden.
Nicht, weil es den Krieg verloren hat, nicht, weil es keine

Kanonen, keine Kriegsschiffe mehr besitzt, nicht, weil es
Milliarden an Geld und Gütern eingebüßt hat, sondern
weil sein Volk den Willen zum Leben verloren hat. Jenen
Willen, der sich den Schicksalsschlägen nicht beugt, sondern
sich gegen sie stemmt, jenen Willen, den die furchtbare Last
der Ereignisse nicht zermürbt, sondern hart, stahlhart
macht, der in der Gottesfurcht wurzelt. Der Starke kann
nur da gedeihen, wo der Mann noch nicht untergegangen
ist in der Wesenlosigkeit der Masse, nur da erzogen werden,
wo das Selbstvertrauen zwar eingeschlummert aber nicht
erstorben ist. Die Reichen der Willensstarken, Kühnen sind
in den mörderischen Schlachten des Westens und Ostens
gelichtet worden. Die Willensschwachen, die Schwächlinge,
die Herdenmenschen dominieren zur Zeit. Ihre Masse unter-
drückt die Gesunden, Lebensstarken, ohne daß sie herrschen
kann. Sie will regieren und vermag es nicht. Denn, Hand
aufs Herz — vielleicht mit Ausnahme Württembergs —
regiert zurzeit keine Regierung, keine Partei; die Dinge
laufen von selbst und die sogenannten Führer hinter ihnen
her. Das kann nicht von heute auf morgen anders werden.
Am wenigsten durch eine Diktatur. Weder durch eine
Diktatur von rechts noch von links. Aber auch nicht durch
eine Diktatur der Mitte. Nein! Besserung der Verhältnisse
ist nur möglich durch rastlose Arbeit an der Seele des
Volkes.

Der Arzt kann nur heilen, wenn er die Ursache der
Krankheit erkannt hat. Diese suchen zu helfen ist unsere
Aufgabe.

Wie krank das Volk ist, lehrt nichts so deutlich, als
der Ruf nach Hilfe von auswärts. Die Radikalen bilden
soll Sehnsucht nach Rußland, unbeherrschbar durch den Zu-
sammenbruch, der sich dort vollzieht. Weit rechts stehende
Ideologen tun dasselbe in der trügerischen Hoffnung, auf
diese Weise dem Versailler Frieden zu entgehen.

Viele, leider allzu viele hoffen auf Rettung aus dem wirt-
schaftlichen Chaos durch die Entente. An die eigene Kra-
ften nur wenige, und diese noch voll Jaghaftigkeit. Auch
sie sind nur allzu oft im Irrglauben befangen, daß sich die
geistige Bewegung, die die Arbeiter, Bürger, Bauern-
und Beamenschaft ergriffen hat, auf die Dauer mit Bajo-
netten niederhalten ließe.

Um eine geistige Bewegung handelt es sich. Nicht um
Lohnfragen. Sie sind nur Begleiterscheinungen. In dieser
Erkenntnis liegt der Schlüssel zur Lösung der Frage, war-
um uns das Vertrauen in die eigene Kraft abhandeln ge-
kommen ist. Fast alle nämlich sehen nicht die tiefe Idee
dieser Bewegung. Sie sehen nicht, und was schlimmer ist,
sie fühlen nicht, daß der Weltkrieg und die Revolution der
Kampf der Freiheit heischenden, hochstrebenden Menschheit
gegen den wesenlosmachenden, Geist und Selbständigkeit
knechtenden Sozialismus ist, der Kampf deutschen, christ-
lichen Wesens gegen die materielle Lehre Marxens. Sie
leben dem Irrwahn, das Zeitalter des Sozialismus hätte
begonnen, während es in Wahrheit dem Grabe zueilt. Sie
sehen in der Sozialdemokratie noch immer die Vertreterin
des demokratischen Prinzips anstatt die Vorkämpferin des
staatlichen Absolutismus und Bürokratismus in
extremster Form. Des Absolutismus nicht nur auf mili-
tärischem und politischem Gebiete, sondern auch auf wirt-
schaftlichem und kulturellem. Ihm gilt der Einzelmensch
nichts, der Staat, d. h. der Wille einiger Führer, die sich
mit Hilfe einer blind ergebenden Bürokratie am Ruder
halten, alles. Gleiche Arbeitsleistung, gleiche Arbeitszeit,
gleiche Arbeitswertung für den Tüchtigen wie den Un-
tüchtigen, Aufstieg nach der Anciennität und der Partei-
willkür, Unterdrückung jeglicher abweichenden Meinung durch
Terrorismus und Hungerpeitsche, das ist der Sozialismus.
Dem Militarismus und Bürokratismus galt der Welt-
krieg. Ihm galt die Revolution. Seine eiserne Form ist
zertrümmert, aber er ist wieder auferstanden im struppigen
Gewand des Sozialismus. Gegen ihn wendet sich jetzt die
Entente mit anderen Waffen. Gegen ihn wendet sich auch
die Gährung und Unruhe im deutschen Volke, wie sie im
Widerstand gegen die Zwangswirtschaft und das staatliche
Gängelband an allen Ecken und Enden zutage tritt.

Wir werden nicht eher gefunden als bis wir frei ge-
worden sind von der Sozialisierungssucht. Das wird eine
langwierige Aufklärungsarbeit kosten, denn weite Kreise
der Arbeiter, Angestellten, Bürger und Beamten sind, un-
bestreitbar infolge schwerer Fehler der früheren Regierung

so sehr in Vorurteilen befangen, daß sie nicht einzusehen vermögen, wie feindlich sich wahres soziales Empfinden und Marxismus, der in Deutschland identisch ist mit Sozialismus, gegenüberstehen. Sie haben noch nicht eingesehen, daß Demokratie und Marxismus unvereinbar sind. Der Satz Lenins und seiner Anhänger, daß der Bolschewismus die reinste Form des Marxismus ist, besteht zu Recht. Daran ändern alle theoretischen Spekulationen nichts.

Aber es wäre ein neuer Irrtum, das Heil in einer reaktionären Militärdiktatur zu suchen. Sie könnte, wenn überhaupt, dann nur in blutigem Bürgerkrieg sich durchsetzen, und wäre schließlich von kurzem Bestande. Nur eine echte, von nationalem Bewußtsein getragene, auf der Achtung vor dem Mitbürger beruhende, christliche Demokratie wird die Gerechtigkeit bringen. Das kann lange dauern, kann aber auch als Gegenwirkung gegen die feindliche Vergewaltigung rascher gehen, als wir ahnen. Soviel schließt sich schon heute aus dem Nebel der Zukunft heraus, daß dabei die Teilung Polens zwischen Deutschland, Rußland und der Tschecho-Slowakei einen Markstein bilden wird.

Inzwischen aber tut Sammlung aller wissenschaftlichen, deutsch fühlenden Männer, auf dem Boden des Deutschturns und unter Hintansetzung kleinlicher Parteistandpunkte not. Sie müssen die Regierung, wenn sie es aus eigener Kraft nicht vermag, zwingen, nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten zu beweisen, daß sie über den Parteien steht.

Dazu gehört vor allem, daß sie sich frei macht vom Haß gegen den Besitz. Demagogische Ungeheuerlichkeiten, wie das jetzige Steuerergesetz müssen zu den Unmöglichkeiten gehören. Durch solche Maßnahmen wird der volkswirtschaftlich tüchtigste Teil gelähmt, ohne, daß die Auswüchse des Kapitalismus getroffen werden. Dazu gehört, daß nicht die totgeschlagene Zeit, sondern die Arbeitsleistung durch geeignete Maßnahmen gewertet wird. Dazu gehört die Förderung aller Möglichkeiten, die geeignet sind, dem wirtschaftlich Unselbstständigen aber Tüchtigen den Aufstieg aus dem Proletariat zur freien, mittelständischen Existenz zu erleichtern. Dazu gehört Abkehr vom Materialismus und Rückkehr zur Religion.

Wir waren niemals Freunde der Selbsterhöhen Finanzpolitik. Aber das eine Gute hat sie zur Folge gehabt, wir sind vom Ausland unabhängig geblieben. Diese beste Erwerbschance droht verloren zu gehen. Immer häufiger werden die Fälle, daß große heimische Industriemerkmal von Ausländern, insbesondere von Amerikanern aufgekauft werden. Das Fortschreiten dieser Entwicklung ist die größte Gefahr für Deutschland. Dagegen helfen keine Gesetze und Verordnungen, dagegen hilft nur eins: Entnazifizierung unseres Wirtschaftslebens. Darauf hin zu arbeiten ist Pflicht der Regierung, denn davon hängt die Zukunft des deutschen Volkes ab. Wenn sie es nicht kann, so muß sie einer Regierung Platz machen, die den Mut dazu findet. Die wirkliche Mehrheit des Volkes wird hinter ihr stehen, denn es ist unverkennbar, daß sich in Arbeiterkreisen die Arbeitsfreudigkeit zu heben beginnt und nur durch Hebe, Terror und leider auch bisweilen durch herrliche Behandlung niedergehalten wird. Aber was dem Arbeiter recht ist, muß dem Unternehmer billig sein. Weder er noch sonst ein tüchtiger Mensch läßt sich auf die Dauer terrorisieren und seiner Willenskraft berauben, wie es der Marxismus will.

Wir hören so viel von Aufklärung. Mit Recht. Sie tut dem deutschen Volke bitter not. Ihr vornehmstes Ziel aber sollte dieses sein: alle denkenden Männer mit der Erkenntnis zu erfüllen, daß die Marx'sche Lehre Unsinn ist, und alle fühlenden Männer mit dem Voratz nach dieser Erkenntnis zu handeln.

Dann wird das Vertrauen in die eigene Kraft, das

troß der Not der Zeit noch immer in Tausenden wach ist, nicht mehr gewaltsam unterdrückt werden, dann wird an Stelle utopischer Theorien die Arbeit, an Stelle des Herdentriebes die Selbstverantwortung, an Stelle demagogischen Wortschwallows die rettende Tat des frommen, freien, deutschen Mannes treten.

Dann wird unser Vaterland genesen durch das einzige Mittel, das ihm helfen kann: Genesen durch eigene Kraft, im Glauben an Gott.

Die Blockadebedrohung der Entente.

Der Oberste Rat für hohe Vorschläge.

Der Oberste Rat hat den durch Marshall Foch vorgelegten Antwortentwurf auf die deutsche Note vom 3. Oktober über die Räumung der baltischen Provinzen durch die Armee des Generals von der Goltz gebilligt. Danach beharrt die Entente auf ihrer Behauptung, daß die deutschen Versicherungen durch die Forderungen des Generals v. d. Goltz, Rußland zu verlassen, von einem Angriff deutscher Truppen auf Riga und von der Aufstellung einer deutsch-baltischen Regierung unter der Präsidentschaft des Grafen Pahlen. Ferner enthält die Note die Zwangsmittel, unter denen die Wiederaufrichtung der Blockade von Deutschland durch Einstellung der Lebensmittel- und Rohstoffsendungen an erster Stelle steht.

In der Havasmeldung über die Note heißt es, die vorgesehenen Maßnahmen würden zur Ausführung gelangen, wenn Deutschland den Befehlen der Konferenz nicht Folge leiste. Außerdem werde eine internationalisierte Kommission an Ort und Stelle entsandt werden, um die Ausführung der Maßnahmen zu überwachen.

Neue Blockade durch die Entente.

Folgt der Angriff auf Riga, an dem nach amtlicher Meldung allem Anschein nach auch eine deutsch. Abteilung unter Major Bischoff beteiligt ist, ist wie der Reichsregierung aus London telegraphisch mitgeteilt wurde, die Freifahrt der Schiffe für alle deutschen Schiffe in der Ostsee vorübergehend aufgehoben und damit die sogenannte kleine Blockade wieder über Deutschland verhängt. Schiffe, die in der Ostsee sind, sind zurückzurufen, und keinen anderen Schiffe ist die Erlaubnis zu geben, in See zu fahren, solange dieses Verbot dauert. Die Schiffe, die in der Ostsee befindlich angetroffen werden, sind der Beschlagnahme durch die Alliierten unterworfen.

Die russische Armee vor Riga.

Die Kämpfe der lettischen und russischen Truppen zwischen Mitau und Riga dauern an. Wie aus dem amtlichen Bericht der russischen Befehlshaber hervorgeht, befinden sich die russischen Truppen nach erfolgreichem Gegenangriff gegen die Letten in der Linie Eingurg—Jürlinghofen—Blasna und stehen noch etwa 6 Kilometer von den Toren Rigas entfernt. Eine Havasmeldung aus Mitau stellt ausdrücklich fest, daß an diesen Kämpfen keine der deutschen Reichsregierung unterliegenden Truppen beteiligt sind, während die wenig zuverlässige „Daily Chronicle“ sich aus Riga melden läßt, daß eine deutsche Streitmacht von 20 000 Mann außerhalb Rigas auf einer Front von 10 Meilen einen Angriff auf die Letten unternommen habe.

Nach den letzten Meldungen hat die westrussische Armee unter Oberst Anasoff Vermondt in

ihren Kämpfen mit den Letten das westliche Ufer der Düna erreicht und kämpft in den Vorstädten Rigas. Sonabend morgen haben die russischen Truppen Jürlinghofen erreicht und die Düna überbrückt. Nach einer anderen Meldung kämpfen deutsche baltische Truppen isoliert bei Dinaburg gegen die Bolschewiken. Allen deutschen Truppen ist der Befehl gegeben worden, sich in den Kämpfen der Letten mit der westrussischen Armee völlig neutral zu verhalten und sich nur zu wehren, wenn sie angegriffen oder im Rückzug behindert werden.

General Graf v. d. Goltz hat alle in Kurland befindlichen Truppenverbände — auch die unter dem Befehl des Majors Bischoff stehende Eiserner Division — nunmehr in ultimativer Form aufgefordert, dem Räumungsbefehl der deutschen Regierung Folge zu leisten. Man nimmt an, daß diese Aufforderung auf die Soldaten nicht ohne Eindruck bleiben und die noch zögernden Teile der deutschen Streitkräfte bereitfinden wird, sich den bereits abmarschierenden Kameraden anzuschließen.

Die russische Wehrarmee annektiert.

Der russische Oberst Wjatschitsch, Kommandeur des zweiten russischen Freiwilligen-Korps, hat durch Maueranschlag in Schaulen die von seinen Truppen besetzte Litauens als russisches Gebiet erklärt. Die litauischen Truppen in Schaulen wurden durch Russen entwaffnet, nachdem der litauische Kommandant und der Bürgermeister am Tage zuvor Schaulen verlassen hatten. Deutsche Truppen des noch in Schaulen stehenden Korps von Diebitsch sind an obigem Vorfall unbeteiligt.

Zutrittstreten des Friedens.

Die Friedensdebatte im französischen Senat.

Dem französischen Senat liegt gegenwärtig der Versailler Friedensvertrag zur Genehmigung vor. Der bekannte Politiker Bourgeois führte als Berichtserhalter u. a. aus, die Steuerfrage der Deutschen dürften nicht nur denjenigen der Angehörigen der alliierten Länder gleich sein, wie dies der Friedensvertrag vorsehe, sondern müßten höher als diese sein. In dieser Hinsicht sei der Friede kein Siegfriede. Bei Besprechung der Entwaffnung Deutschlands, wie diese im Vertrag vorgesehen ist, führte der Redner aus, daß die vorgesehenen Maßnahmen sofort nach der Ratifikation in die Tat umgesetzt werden müßten (Clemenceau ruft dagegen: „Nicht geschieden darüber besteht kein Zweifel. Es befinden sich hundert französische Offiziere in Berlin, um darüber zu wachen.“) Bourgeois führte dann weiter aus, daß die Alliiertenverträge mit England und Amerika für Frankreich Sicherheiten erster Ordnung gegen spätere deutsche Ueberfälle seien. Aber Deutschland sei geehrt, wenn es die Alliierten hätten wenigstens versuchen sollen, die Ketten zu brechen, die Preußen um Deutschland schmiedete. Das Deutsche Reich bleibe bedrohlich. Frankreich könne nicht mißtrauisch genug sein.

Trotz dieser Angstmeiereien ist an der Zustimmung des Senats nicht zu zweifeln. Anfang dieser Woche dürfte die Annahme des Vertrages im Senat bereits erfolgt sein. Die englische und die italienische Ratifikationsurkunden sind unterwegs nach Paris. Ueber die Niederlegung der Ratifikationsurkunden Frankreichs Englands und Italiens in Paris wird dann entsprechend den Schlußbestimmungen des Vertrages ein erstes Protokoll erstellt, womit der Vertrag „zwischen den Höfen vertragstretenden Teilen, die ihn auf diese Weise ratifiziert haben, in Kraft tritt. Dieser Zeitpunkt gilt zugleich als der Zeitpunkt des Inkrafttretens bei Vereinhaltung aller im Vertrag vorgesehenen Pflichten“ (z. B. Festlegung der Bestimmungen, Behandlung der Auslieferungsschiffe, Zahlungen und Lieferungen usw.). Damit tritt also in Europa formell der Friedenszustand ein. Nunmehr beginnt freilich auch unsere „vierzigjährige Wanderung durch die Wüste“.

Deutscherseits ist der Frieden bereits am 9. Juli

Note Rosen.

Erlebtes.

Von Anna Lydia von Kennenkaupff.

Im kleinen erretteten baltischen Städtchen W. erwartete man die Ankunft des Prinzen Leopold von Bayern. Wer noch keine deutsche Fahne hatte, suchte sich schnell die nötigen Stoffstücke zusammen und ließ wie die anderen in dankbarer Huldigung das endlich errungene geliebte Schwarz-weiß-rot vom Giebel oder am Portal seines Hauses lustig in die blaue Maienluft flattern. Grüne Kränze und Guirlanden wurden gewunden und die Straßen tüchtig gefegt und ein wenig besprengt. So sauber, wie's die lieben deutschen Brüder daheim gewohnt, mochte es hier doch nicht gewesen sein — und dann — hatte man lange keinen erscheinenden Regen genossen und Staub, dichter, sommerfroher, sandförmiger Staub, lagerte über den Steinen des Pflasters, den Bürgersteigen — auf den Dächern, längs den Tür- und Fenstervorsprüngen. Hier gelang es also etwas, ihn zu händigen.

Desto munterer umwirbelte er ein elegantes Gefährt, das eben längs der Landstraße dem Städtchen W. zutraf. Drinnen saß ein junger Gutsbesitzer aus der Umgegend, den es durchaus getrieben, dem erwarteten höchsten Vertreter der deutschen, so ersehnten Obrigkeit seine persönliche Aufmerksamkeit zu machen, und der seine beiden kleinen Töchterchen von sechs und fünf Jahren und deren Erzieherin mitgenommen hatte, damit sie den historischen Augenblick miterlebten. Einst werden sie ihren Kindern und Großkindern davon erzählen können. Beide saßen sie eben mausehrst — schon ganz beeindruckt von der frohen Erwartung — neben und vor dem Papa; die großen weißen Hüte wippten leicht über den blonden, lockigen Köpfchen, und strahlenden Auges ließen sie die ihnen ganz neue Gegend an sich vorbeiziehen.

Bärchen, die jüngere und etwas dreistere, hätte beinahe den Auftrag erhalten, dem verehrten alten prinziplichen Herrn einen Rosenstrauch zu übergeben und ein Verschen aufzusagen. Mutter und Großmutter hätten das zu gern

gesehen. Sie waren ja alle so überfelig und dankbar für die wunderbare Rettung und über die Bewirtlichung ihrer sehnlichsten Träume, daß sie noch immer nach neuen Ausdrücken für ihr Glück und Danksgefühl suchten. Aber der Plan scheiterte am Rosenmangel in dieser Jahreszeit! Weber Garten noch Treibhaus gaben was her; die einen waren abgeblüht, die anderen hatten sich noch nicht erschlossen. Eine einzige, trauernde Blüte ließ sich noch abschneiden. Frau von Alten drehte sie zwischen ihren schlanken Fingern — aber — sie mußte zugeben, daß eine Rose keine genügende Begleitgabe für einen Willkommensgruß sei, legte man auch sein ganzes, heißes Dankesgefühl mit hinein. Also würde Bärchen nicht dem hohen Herrn ihr Knixchen zu machen haben. Sie war es natürlich ganz zufrieden, und ihre braunen Augenlein lachten die von der Freitreppe winkende Mama glücklich an, als man endlich flott geworden war und die hellen Füße vor dem leichten Wagen ansetzten.

Frau von Alten sah ihnen lange nach. Wenn sie geahnt, welch ein Schicksal diejenige erwartete, die auserwählt war, den deutschen Herzensbrot an den hochgeehrten deutschen Gast auszurichten, es würde sie ein Schauer überrieselt haben, daß sie dieses Amt einem ihrer Lieblinge hatte anvertraut sehen wollen.

Aber wer war schließlich die Auserwählte?

Benita Alten war es nicht, so sehr man es allgemein erwartet hatte. Sie, die Tochter der früheren „Königin“ von W.; deren Vater auf Wunsch der eingerückten Ketter den eben sehr wichtigen Posten des Gefängnisdirektors bekleidete, nachdem er selbst durch den ersten Erbacher des Städtchens, einen beherzten, prächtigen jungen Stoßtrupp, aus dem Gefängnis befreit worden. Zudem war Benita Alten seit kurzem die Braut eines jungen deutschen Offiziers, dessen Vorgesetzte und Kameraden sich alle mit in das frische, blühende Mädchen verliebt hatten, das so tapfer und energisch in den bösesten Tagen allein mit dem jüngeren Bruder auf dem elterlichen Gute ausgehalten und den Gefahren Trost geboten hatte. Die ganze Garnison verkehrte in dem gastlichen Hause des Herrn von Alten-Neuhofs;

ja, auch von den Mannschaften wurden ab und an einige zu einer Tasse Kaffee geladen — Frau von Alten präsierte im Komitee des Kriegerheims — und nun hatte man Benita bei dieser Ehrung übergeben — ?! Sie stand im weißen schlichten Kleide vor dem Spiegel im Salon und befestigte ihren Hut. — Ein Rud — und er sah wie angegriffen. Benita machte nicht sehr viel Umstände mit ihrer Toilette. Sie hatte viel praktischere und notwendige Gedanken im Kopf. Die Mama, die mehr darauf hielt, wartete daneben und äußerte doch etwas bedauernd:

„Ja, hättest du das schöne Kleid, das Fräulein Kersten heute anziehen wird — die Rolle würde dir entschieden noch besser gepaßt haben. . . . Aber dafür soll es auch 500 Mark kosten. . . . Daß die Menschen in solchen Zeiten für derlei Dinge so viel Geld ausgeben. . . .“

Benita lachte. „Wieviel schöne, elegante Kleider würde mir einst Walter kaufen, wenn ich nur wollte! Lassen wir Hertha Kersten das Vergnügen und die Ehre. Wie gern tausche sie dies alles gegen meine Jugend und mein Glück.“ Benita hatte recht.

Hertha Kersten war ein schönes Mädchen und mit vielen Gaben ausgestattet, die einen geliebten Mann hätten beglücken können. Und sie hatte die Dreißig überschritten und führte noch immer ihrem alternden, schwer tränklichen Vater Haus und Wirtschaft. Was hatte sie mit ihm nicht alles geteilt, seit die Mutter im Tode drüben geblieben war, wohin sie beide alle Sehnsucht nach wie vor zog! Wie hatten sie diese Sehnsucht und das tiefe, innere Mitgehen und Hoffen — obgleich es sich nur Gleichgültigkeit — schwer und kostbar schon zu bezahlen gehabt. . . . Aus der eiskalten Gefängniszelle, in die grundlos der Deutschenhaß und unbegründetes Mißtrauen ihn gesetzt, hat sie den kranken Vater einmal herausgeholt und mit bewußtem Stolz es durchzusetzen verstanden, daß man ihn in allen Ehren entließ. Und als kurze Zeit darauf er ungerathener Weise neu gefänglich eingezogen und nach den Eisfeldern Sibiriens verwiesen wurde — nur um seines deutschen Namens willen — war sie mit ihm gezogen — hatte ihn gestützt und gepflegt. . . . (Schluß folgt.)

ratifiziert worden. Der Sekretariat des maliger Aus

Die Am

Das Reich

Infolge der am 1. April 1919. Steuereinkommen der deutschen Beamten, Bediensteten, die Personen, here und mit Verwaltung, Steuern zum wollen, einen anhalten, der brachbaren. Der Verbräuchten, städtischen, Düsseldorf, und vorausgesetzt, dass der Februar 1919. Zur Teil

solche Gewerbe für die Uebernahme des Steuerrechts, sich ihrer allfälligen oder einkommensteuerverpflichtung, einer nutzbringend, lediglich die Steuer, durch ohne Schenkung, wirtschaftlich, ein Ansporn, nanzverwaltung, von der Behörde, macht werden. Derselben, Parteien, beschreiben, die Uebernahme an der der Finanzen, May 1. bis 31. 1919. Das Gesetz, das den Inhalt der derzeitigen für eine etwaige, stigkeit und so der Reihenfolge, darüber an, gang teilnehmend, lauf, Abschrift, ger, die bis, piere als An

Die Ra

Schlechte

Das Er wurde bisher so größeres, ner Tageblatt, henden Zu, forderung, ighen Stelle, Versorgung, sein in domini, Die Er, Westpreußen, so gut ausge, Stellen noch, muß die Er, die übrige, nur die Ernte, ausgefallen, unter der Tra, sammt, daß, verloren gega, die Unkapital, rent vermind, Im ganz, der im Friede, den. Wenn n, daß wir durc, tent der Kart, der nur meh, 30, zur Verfügung, Die Erge, toffeln war d, arbeitern wese, daß die von, jenen Landge, in der überwi, unfähig, se, ren. Durch d, auch imofern, bar im Aufste, hat auf dem, benutzten und, Landarbeiter, deren Beson, gemein mit de

...tliche Her der
...rübden Nigda.
...Truppen Ho-
...beseht. Nach
...tische baltische
...die Völsche
...der Befehl ge-
...Setten mit der
...verfallen und
...iffen oder im

...effiert.
...ommandeur des
...ps, hat durch
...seinen Truppen
...hes Gebiet er-
...hausen wurden
...italische Kom-
...zu vor Sawa-
...en des noch in
...eblich sind an

...iedens.
...hen Senat.

...egenwärtig der
...igung vor. Der
...als Bericht.
...der Deutschen
...gehörigen der
...der Friedens-
...höher als diese
...lebe kein Sie-
...nung Deutsch-
...ist, führte der
...Maßnahmen so-
...umgesetzt wer-
...sich. Wird
...Es befinden
...Berlin, um dar-
...am weiter aus-
...und Amerika
...ung gegen spä-
...Deutschland sei-
...ten wenigstens
...en, die Preu-
...Deutsche Reich
...cht mißtrauisch

...n der Zustim-
...Anfang dieser
...ages im Senat
...die italienische
...nach Paris.
...ationsurkunden
...in Paris wird
...ungen des Ver-
...ommt der Ver-
...stenden Teilen,
...aben, in Kraft
...als der Zeit-
...g aller im Ver-
...Festsetzung der
...lieferungsliste,
...amit tritt afo
...nd ein. Nun-
...igjährige Wan-
...its am 9. Juli

...b und an einige
...von Alten präsi-
...nun hatte man
...! Sie stand im
...m Salon und be-
...st wie ange-
...stände mit ihrer
...nd notwendiger
...d darauf hielt,
...bebauend:
...Grünlein Kersten
...die entschieden
...für soll es auch
...n solchen Zeiten
...!"

...e Kleider würde
...ste! Lassen wir
...Ehre. Wie gern
...und mein Glück."

...n und mit vielen
...anne hätten be-
...überhritten und
...fränkischen Vater
...ihm nicht alles
...geblieben war,
...zog! Wie hatten
...Mitgehen und
...anten verriet —
...der Deutschenhof
...sie den kranken
...uhtem Stolz es
...allen Ehren ent-
...erchterweise neu
...dern Sibiriens
...utschen Namens
...atte ihn geküßt
... (Schluß folgt)

rattifiziert worden. Die Ratifikationsurkunde ist durch den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Legationsrat Hr. v. Versner, im Generalsekretariat der Friedenskonferenz am 10. Juli in einer mündlichen Ausfertigung niedergelegt worden.

Die Umgestaltung der Finanzverwaltung.

Das Reichsfinanzministerium über die Zulassung von Finanzbeamten.

Infolge der Umgestaltung der Finanzverwaltung und des Ausbaues der Steuererhebung wird sich am 1. Juli 1920 namentlich im Bereiche der direkten Steuern und zwar in der Hauptsache für die norddeutschen Gebietsteile des Reiches ein Mehrbedarf an Finanzbeamten geltend machen. Zur Deckung dieses Bedarfes wird der Reichsminister der Finanzen für die Personen, die aus anderen Berufen in höhere und mittlere Beamtenstellen der Reichsfinanzverwaltung sowie für die Verwaltung von direkten Steuern zum Gegenstande hat, übernommen werden wollen, einen einmaligen Sonderlehrgang veranstalten, der eine eingehende Ausbildung zu sofort brauchbaren Steuererhebungsorganen zum Ziel hat. Der Lehrgang wird in folgenden Orten an Hochschulen stattfinden: in Königsberg, Berlin, Breslau, Köln, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Leipzig, München und voraussichtlich in Hamburg und Karlsruhe. Seine Dauer wird von Ende Oktober dieses Jahres bis Ende Februar künftigen Jahres festgelegt werden.

Nur Teilnahme an ihm werden in erster Linie solche Bewerber zugelassen werden, die den bisher für die Uebernahme in die höhere und mittlere Laufbahn des Steuerdienstes gültigen Vorschriften hinsichtlich ihrer allgemeinen Vorbildung und Ausbildung entsprechen oder eine anderweitig erworbene gleichwertige Vorbildung nachzuweisen vermögen, und denen zu einer nützlichen Verwendung im Finanzdienst lediglich die Sonderkenntnisse auf diesem Gebiete fehlen. Durch die Teilnahme an dem Lehrgang, der ohne Schulprüfung beendet wird, wird eine Anwartschaft auf vorerfüllte Beschäftigung, jedoch noch kein Anspruch auf Uebernahme in die Reichsfinanzverwaltung begründet. Diese Uebernahme muß von der Behörde im Amte selbst abhängig gemacht werden.

Diesem Personen, die sich nach vorstehender Paragraf auf Zulassung zu dem Lehrgang verfahren, haben ein selbstgefertigtes Gesuch um Teilnahme an dem Sonderlehrgang an den Reichsminister der Finanzen, Verwaltungsabteilung, Berlin, Wilhelm-Platz 1, bis spätestens 17. Oktober 1919 einzureichen. Das Gesuch hat den Vor- und den Zunamen, das Lebensalter und den Wohnort, die Vorbildung, die derzeitige Stellung oder Beschäftigung, Gründe für eine etwa bestehende gegenwärtige Stellunglosigkeit und sonstige besondere Angaben in vorstehender Reihenfolge zu enthalten, außerdem eine Angabe darüber, an welchem Ort der Bewerber an dem Lehrgang teilnehmen will. Der Bewerber ist Lebenslauf, Abschriften vorhandener Zeugnisse sowie sonstiger, die bisherige Beschäftigung ausweisenden Papiere als Anlagen beizufügen.

Der Reichsminister der Finanzen wird den zugelassenen Bewerbern eine schriftliche Bescheinigung über die Zulassung erteilen. Für die Teilnahme an dem Lehrgang werden von den Teilnehmern Gebühren nach Art und Höhe der sonst an Hochschulen üblichen Leistungen erhoben werden. Denjenigen Teilnehmern, deren Vermögensverhältnisse es geboten erscheinen lassen, werden diese Gebühren gestundet oder auf Antrag erlassen werden.

Die Kartoffelverorgung gefährdet.

Schlechte Kartoffelernte in Posen, Ost- und Westpreußen.

Das Ergebnis der diesjährigen Kartoffelernte wurde bisher vielfach als sehr günstig bezeichnet. Um so größeres Befremden muß jetzt ein vom „Berliner Tageblatt“ veröffentlichter Bericht über den drohenden Zusammenbruch der Kartoffelverorgung erregen. Wie das Blatt von der amtlichen Stelle für Kartoffelbau erfährt, wird sich die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Kartoffeln im kommenden Winter sehr ungünstig gestalten. Die Ernte in den östlichen Provinzen (Ost-, Westpreußen, Schlesien und Posen) ist bei weitem nicht so gut ausgefallen, wie man es an den amtlichen Stellen noch vor vier Wochen erwartet hatte. Man muß die Ernte im Osten Deutschlands als schlecht, die übrige Ernte als mäßig bezeichnen. Gut ist nur die Ernte in einem Teil des Südens und Westens ausgefallen. Die Mark Brandenburg hat auch sehr unter der Trockenheit der letzten Wochen gelitten. Dazu kommt, daß — von den durch den Friedensvertrag verloren gegangenen Gebieten ganz abgesehen — sich die Anbaufläche in diesem Jahre um weitere 6 Prozent vermindert hat.

Im ganzen sind überhaupt nur drei Viertel der im Frieden angebauten Kartoffeln ausgefällt worden. Wenn man dann außerdem in Betracht zieht, daß wir durch den Friedensvertrag weitere 50 Prozent der Kartoffeln einbüßen, so stehen uns im ganzen nur noch

50 Prozent der Friedensmenge zur Verfügung.

Die Erzeugung sowohl wie die Ernte der Kartoffeln war durch den Mangel an geschulten Landarbeitern wesentlich erschwert; es hat sich erwiesen, daß die von den städtischen Arbeitsstellen an die einzelnen Landgemeinden überwiesenen Hilfsarbeiter unfähig, sondern auch arbeitsunwillig waren. Durch die städtischen Arbeiter wurde die Arbeit auch immer gefährdet, als viele Arbeiter — offenbar im Auftrage radikaler Parteien — ihren Aufenthalt auf dem Lande zur kommunistischen Propaganda benutzten und auf diese Weise die arbeitsfreudigen Landarbeiter an der Ausübung ihrer Tätigkeit hinderten. Besonders schlechte Erfahrungen wurden allgemein mit den Hamburger Arbeitern gemacht. Es

erweist sich mehr und mehr, daß der städtische Arbeiter auf dem Lande wenig brauchbar ist.

Während des Krieges wurden den einzelnen Landratsämtern zur Verbindung der Gemeinden mit den Eisenbahnstationen Automobillkolonnen zur Verfügung gestellt. In diesem Jahre hat die Reichsstatistikstelle für eine Unterstützung der Produzenten nach dieser Richtung hin nicht Sorge getragen. Dadurch wurde die Abfuhr der Kartoffeln stark verzögert, zum Teil auch unmöglich gemacht. An Eisenbahnmaterial hingegen fehlt es dank der Fürsorge der Direktionen nicht.

Conkl. aber ist die Lage so ernst, daß die Reichsstatistikstelle in wenigen Wochen schon nicht mehr in der Lage sein wird, die regelmäßige Belieferung der Großstädte zu gewährleisten. Es wurden und werden von der Reichsstatistikstelle Verhandlungen mit ausländischen, besonders dänischen Händlern geführt, die eine stärkere Hilfsbelieferung zum Ziel haben sollten. Durch den neuen Sturz unserer Saluta wurde auch dieses erschwert.

Was für finstere Kapitalmächte wieder hinter diesen Meldungen stehen, werden die wenigsten aus dem Volke ahnen.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 11. Oktober.

Minister Voss über die Entscheidung der Kolonialdeutschen.

Nachdem die große politische Aussprache mit der Verabschiedung des Etats des Reichsanlagers am Freitag vor Ende gefunden hatte, wurde heute die Beratung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1919 fortgesetzt. Zunächst befaßte man sich mit dem Etat des Reichskolonialministeriums.

Hr. Voss (Ztr.) erläuterte den Haushaltsbericht und sprach das allgemeine Bedauern über den Verlust der Kolonien aus.

Hierauf nahm der Reichskolonialminister Dr. Voss das Wort zu folgenden Ausführungen: „Mein Amt ist durch den unglückseligen Friedensvertrag, der uns von der Entente auferlegt ist, schwer getroffen. Der Verlust unserer Kolonien wird notwendigerweise in absehbarer Zeit auch das Reichskolonialministerium tödlich treffen. Das ist um so bedauerlicher, als gerade dieses Amt eine besonders ehrenvolle Vergangenheit hinter sich hat. Die Aufgaben des Kolonialamtes erschöpfen sich nicht etwa in der Liquidation des Ministeriums. Der Aufgabenkreis dieses Liquidationsamtes ist weit größer. Dazu gehört auch die Entschädigung der Kolonialdeutschen. Außerdem ist die Vergütung der ehemaligen Kriegskolonien an die Kolonialdeutschen beabsichtigt. Der Minister erklärt, die Kolonialdeutschen, die einen berechtigten Anspruch auf Schadloshaltung haben, darüber beruhigen zu können. Ein diesbezüglicher Gesetzentwurf werde voraussichtlich die Nationalversammlung in kürzester Zeit beschäftigen. Der Minister legte nochmals feierliche Verwahrung ein gegen den unangehörigen durch nichts begründeten Vorwurf, daß Deutschland sich durch die gesamte Kolonialgefährung, insbesondere durch die Eingeborenenbehandlung, den Anspruch auf kolonialistische Tätigkeit und Mitwirkung im Kreise der Völker in Bezug auf zivilisatorische Tätigkeit dauernd verweigert habe.“

Dank gebühre den Offizieren und Mannschaften der Schutztruppe, allen Mitgliedern der Kolonialverwaltung, den Missionaren und den Eingeborenen (Vollst.). Er hoffe, daß die Zeit nicht zu fern ist, wo eine Revision des Friedensvertrages erfolgen wird, auch in Bezug auf unsere Kolonien. (Beifall.)

Im Verlaufe der Debatte sagte der Minister ein Geleitz für die Schadloshaltung derjenigen Beamten, die nicht untergebracht werden können. Hiermit war die Beratung erledigt.

Es folgte der Haushaltsplan für die Post- und Telegraphenverwaltung.

Hr. Tautadel (Soz.) bedauerte sehr, daß die Post nicht mehr mit derselben Genauigkeit und Zuverlässigkeit arbeitet wie vor dem Kriege. Die Veranbrungen und Diebstähle von Postpaketen haben erheblich zugenommen.

Hr. Naden (Ztr.): Auf die Verminderung des Schreibverkehrs im Postbetrieb muß hingewirkt werden. Die 2. Sekretärprüfung sollte man nicht fallen lassen. Das Wahlstimmungsrecht der Beamten muß einheitlich geregelt werden.

Hr. Weißer (Ztr.) verteidigt die Nationalversammlung-Mitglieder gegen die Kritik der Essentlichkeit. Unterstaatssekretär Dr. Voss: Die schlechte Beförderung der Postwagen hat ihren Grund in dem schlechten Zugverkehr. Das Hilfspersonal wird bald den Kriegsschadigten Platz machen, so daß dadurch eine größere Zuverlässigkeit erreicht wird.

Hr. Selms (Dem.): Die Mißstände in der Beförderung der Postwagen liegen zum Teil beim Publikum selbst z. B. in dem schlechten Verpackungsmaterial, den mangelnden Adressen usw. Eifertige Leerung der Briefkästen ist notwendig. Der Luftpostverkehr, namentlich zwischen den großen Städten, ist von hoher Wichtigkeit. Zu erwägen wäre die Aufhebung der Waportofreiheit des Militärs. Eine große Zukunft hat der funktentelegraphische Verkehr. Zu begrüßen ist der postalische Anschluß Württembergs und Bayerns.

Hr. Degler (Nat.): Die Verteuerung der Postgebühren darf nicht zu einer Erhöhung des Verkehrs führen.

Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Änderung des Brandwein-Monopols, sozialdemokrat. Anfrage über die Verteuerung der Schutzwaren, Postverwaltung.

Schluß 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

— Reichswehrminister Noske hielt anlässlich einer Parade in Breslau an die Truppen eine Ansprache, wies auf die besondere Gefährdung Schlesiens hin und dankte den Truppen für ihre bisherigen Erfolge. Nachmittags beauftragte der Minister in Begleitung des Staatskommissars Hörsing die Ausstellung für Arbeit und Kultur in Oberschlesien.

— Der Abgeordnete Haase hat sich einer Operation unterzogen, die die Entfernung des Gefäßes am Knie bezweckte. Die Ärzte hoffen auf einen günstigen Verlauf der Heilung.

— Die „Kölnische Zeitung“ ist vom 25. September ab auf einen Monat für die Kreise Eupen und Malmedy verboten.

— Erhöhung der Tagegelder für Schiffs- und Gewerksleute. In Anbetracht der gegenwärtigen Preisverhältnisse hat die preussische Regierung für eine Erhöhung der Tagegelder für Schiffs- und Gewerksleute sich ausgesprochen und wird bei der bevorstehenden Beratung eines dahingehenden Gesetzentwurfes des Reichsjustizministeriums in diesem Sinne im Reichsrat Stellung nehmen.

— Zu den Veränderungen im französischen Oberkommando. Das in Mainz erscheinende französische Blatt „Echo du Rhin“ verbreitet folgende Meldung: Der Oberbefehl in dem besetzten deutschen Gebiet steht vor einschneidenden Veränderungen. Die 10. und 8. Armee unter dem Befehlen der Generale Mangin und Gecard mit dem Hauptquartier in Mainz und Landau werden mit dem 12. Oktober aufgelöst. An ihre Stelle tritt ein einheitliches Aufgebot, das unter dem Oberbefehl des Generals Degoutte gestellt wird. Dieser wird wahrscheinlich außer dem Titel Oberkommandierender der französischen Truppen noch die Bezeichnung Oberkommandierender der alliierten Truppen erhalten. Sein Hauptquartier wird in Mainz sein. Entsprechend den Bestimmungen des Friedensvertrages soll die Verwaltung der besetzten Gebiete nach der endgültigen Ratifizierung des Friedensvertrages an die deutschen Behörden zurückgegeben werden. Die alliierten Truppen sollen als einzige Aufgabe durch ihre Anwesenheit in den Garnisonen die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sichern.

— General Groener und die Revolution. Der Führer der Reichswehrbrigade 29, Generalmajor Graf Waldersee, hat in der Wochenzeitung „Deutsche Aufgaben“ einen Artikel über das Verhalten des Generals Groener in den Novembertagen 1918 veröffentlicht, der darzulegen sucht, daß der damalige Generalquartiermeister im Einverständnis mit revolutionären Kräften die Abdankung des Kaisers betrieben haben müsse. General Groener veröffentlicht dagegen eine kurze Erklärung des Inhalts, die Darstellung des Grafen Waldersee sei „voll tatsächlicher Unrichtigkeiten und Entstellungen“ und eine „verleumderische Erbschneidung“.

— Massenflucht aus dem Elsaß. In der nächsten Woche sind in Baden weitere große Zugänge von Flüchtlingen aus dem Elsaß zu erwarten. Man spricht von 10 000 Ausgewanderten, für die überall in Baden Unterkunft geschaffen werden soll. Zu diesem Zwecke sind bereits in Mülheim alle Kasernen zur Verfügung gestellt. Der „Straßburger Neuen Zeitung“ zufolge haben seit dem 1. Oktober 22 500 deutsche Personen das frühere Reichsland verlassen. Dem gleichen Blatte zufolge sollen alle in dieser Gegend stehenden deutschen Denkmäler eingeschmolzen werden und der Erlös dafür bei Schadenersatzforderungen eingerechnet werden.

— Die Nationalversammlung wird ihre jetzige Tagung bis zum 25. Oktober ausdehnen und dann drei Wochen Ferien machen.

— Das bayerische Gesamtministerium bestellte den Finanzminister Speck (Ztr.) als Vertreter des Ministerpräsidenten Hoffmann. Dies dürfte das Ende der Regierungskrise bedeuten. Sozialdemokraten und Zentrum führen die Regierung gemeinsam weiter.

— Bayern hat den Wunsch ausgesprochen, daß die päpstliche Nuntiatur nicht nach Berlin verlegt werde, sondern ihren Sitz in München behalte. Diesem Wunsche wurde Rechnung getragen.

— Oberlandesgerichtsrat Freymuth (Hamm) ist als Unterstaatssekretär im preussischen Justizministerium in Aussicht genommen.

— Der erste Reichsparteitag der Zentrumspartei wird für Ende November angekündigt. Er soll in Berlin stattfinden.

— In dem großen Berliner Metallarbeiterstreik erklärten die Arbeitgeber einstimmig, daß keine Absicht besteht, die Löhne abzubauen.

— Die „New York Times“ meldet, daß drei deutsche Schiffe in den amerikanischen Häfen von ihren Besatzungen beschädigt worden sind.

— Die britische Regierung läßt erklären, daß sie keine Kenntnis hat, wie und wo das Handels-U-Boot Bremen untergegangen ist.

— Hilfsexpedition für die Gefangenen in Sibirien. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß am Montag eine kleine deutsche Mission die Ausreise nach Sibirien antritt, um die Zusammenziehung der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen an die Küstenplätze zu bewerkstelligen. Die Kommission besteht nur aus ehemaligen Kriegsgefangenen, die in Sibirien interniert waren. Es bestehen gute Aussichten auf Bereitstellung von Schiffen für die Heimfahrt der Deutschen in Sibirien.

— Verhört e Gefangenenantritt aus England. Die durch den englischen Verkehrsstreik ins Stocken geratenen täglichen Verschiffungen von deutschen Kriegsgefangenen werden am Montag wieder beginnen. 6 ehemalige deutsche Schiffe bringen in fünf Transporten im Laufe eines Monats 30 000 Mann. In einer Woche werden noch vier deutsche Dampfer in diesen Dienst eingestellt. — Neuter meldet aus Tokio: Der Mikado unterzeichnete eine Verfügung, wonach die Internierung der Deutschen in Japan zum 20. Oktober aufgehoben wird.

— Teutscher Religionsunterricht im Elsaß. Die Zentralbehörde in Straßburg hat sich angefaßt der immer drohender werdenden Forderungen betreffend den Religionsunterricht und die Sprachenfrage veranlaßt gesehen, eine allgemeine Verordnung herauszugeben, nach der alle in Elsaß-Lothringen angestellten Lehrpersonen an Elementarschulen verpflichtet sind, nach den bisher in Elsaß-Lothringen geltenden Gesetzen den Religionsunterricht in der Muttersprache zu erteilen. Außerdem ist der teutsche Sprachunterricht wieder mit sieben Stunden wöchentlich in den Lehrplan aufzunehmen. Praktisch bedeutet das die Entfernung der zahlreichen von den französischen Behörden herbeigeschickten französischen Lehrkräfte.

— Lehre ausweisung aus Malmedy? In Malmedy teilten die Behörden den Lehrern mit, daß sie, wenn sie sich nicht auf ihr Lehramt beschränken, ausgewiesen würden.

